

Avanti ²

Theoriebeilage

„Jürgen Habermas
(1929-2026)“

von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

FÜR UNSERE RECHTE STREIKEN!



UNSER LEBEN STATT IHRE PROFITE!

INHALT

TITEL

- 01 FÜR UNSERE RECHTE STREIKEN**
Unser Leben statt ihre Profite

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & Knapp?

SEITE DREI

- 03 FÜR UNSERE RECHTE STREIKEN**
Unser Leben statt ihre Profite

ANTIMILITARISMUS

- 04 KRIEGSTREIBER STOPPEN**
Erfolgreicher Ostermarsch 2026?

- 05 „WEHRPFLICHT“ BEKÄMPFEN**
Mehr werden

ARBEITSWELT

- 06 BETRIEBSRATSWAHLEN 2026 (I)**
Kratzer im Lack?

- 07 TARIFABSCHLUSS IGBCE**
Wer nicht kämpft, hat schon verloren

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Mai-Ausgabe von *Avanti*² befassen wir uns mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt, den politischen Angriffen von Regierung & Kapital, den Gefahren von Militarismus und Kriegstreiberei sowie den Herausforderungen für die politische Linke und die Gewerkschaftsbewegung.

In der Theoriebeilage würdigt Helmut Dahmer den Philosophen Jürgen Habermas.

Nicht nur am 1. Mai gilt:
„Vorwärts und nicht vergessen,
worin unsere Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen,
vorwärts, nicht vergessen:
Die Solidarität!“

Wir freuen uns auf Euer Interesse und hoffen auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

Titelbild: Résistance bei Alstom Power in Mannheim, 2. November 2010. (Foto: Helmut Roos.)

INHALT

- 08 PUTSCH DER MILLIARDÄRE**
Gewerkschaften unter Beschuss?

WOHNEN

- 09 KEIN PROFIT MIT MIETE**
Protest in Heidelberg

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 10 AUTORITÄRE BRANDSATZ**
Extraprofite und Rechtsruck?

- 11 EIN LEBEN LANG KÄMPFEN**
Unsere Genossin Bärbel wird 90

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ACHT STUNDEN SIND KEIN TAG**
Streiten für den 8-Stundentag?

- 12 TERMINE**
Veranstaltungen und Aktionen

THEORIEBEILAGE

- 01 JÜRGEN HABERMAS (1929-2026)**
Ein deutscher Philosoph?

Raus aus der Hoffnungslosigkeit!

Ökosozialismus statt Barbarei

Konferenz am 13. und 14. Juni in Köln

Viel ist von multiplen Krisen die Rede. Erneuerbare Energien werden vielerorts zurückgedrängt. Der Run auf Öl, Gas und Seltene Erden ist hemmungsloser denn je. Länder, die auf deren Ausbeutung setzen, machen sich zunehmend erpressbar.

Alles nur, um ausreichend Energie für den Hightech-Wettlauf mit China zu haben. Letzten Endes soll er darin münden, dass nur eine Weltmacht übrigbleibt. Sie soll alles kontrollieren: den Handel, die Meere, die Ressourcenverteilung, die Datenflüsse, die Bewegungen der Menschen und ihre Einstellungen.

Krieg ist der Dreh- und Angelpunkt dieser Entwicklung. In ihm kommen alle Krisen zusammen. Alle „Lösungen“, die die Herrschenden sich einfallen lassen, laufen auf ihn hinaus.

Dabei soll die Atomkraft wiederauferstehen von den Toten – auch mit Blick auf Atomwaffenbesitz. Atomkriege sollen wieder führbar werden.

Wir fragen danach, wo in dieser Welt Ansätze für Hoffnung und Gegenwehr sind.

**Die Konferenz findet im Bürgerhaus Kalk,
Kalk-Mülheimer Str. 58 51103 Köln statt.
Sie beginnt am 13.6.26. um 10 Uhr und
endet am 14.6.26 um 15 Uhr.**



www.oekosozialistische-konferenz.de

Für unsere Rechte streiken! Unser Leben statt ihre Profite!

B. G./K. O.

Mit ihrer „Steuersenkung“ bei Kraftstoffen verschärft die Regierung Merz-Klingbeil die asoziale Ungleichheit noch mehr. Die Extra-Profite der Ölkonzerne bleiben unangetastet, die Armut wächst hingegen weiter. Andere angedrohte „Reformen“ (Gesundheit, Rente usw.) gehen in dieselbe Richtung. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Wo bleibt da der gewerkschaftliche Protest?

Ein wirklicher Ausgleich der erneut beschleunigten Preissteigerungen konnte für die große Mehrheit der Beschäftigten in den Tarifabschlüssen nicht erreicht werden. Noch viel schlechter sieht es für die mehr als 50 Prozent der nicht tarifgebundenen Beschäftigten aus.

Statt Sozialabbau – mehr Geld für uns!

Die Schere zwischen den unteren und den oberen Einkommen öffnet sich immer weiter. Deshalb treten wir für Festgelderforderungen ein. In Zukunft brauchen wir Tarifverträge, die einen automatischen Inflationsausgleich wie in Belgien und Luxemburg enthalten.

Gewerkschaften sind angesichts der Regierungspolitik für Milliardenäre und Konzerne dazu verpflichtet, endlich den Widerstand gegen Sozialabbau zu organisieren und für ein gutes Leben für alle zu kämpfen: für spürbare Erhöhungen des Mindestlohns, der Grundsicherung, der Renten, für Preisdeckel bei Mieten, Lebensmittel und Energieversorgung und für ein nicht profitorientiertes Pflege- und Gesundheitssystem.

Verkürzung der Arbeitszeit!

Die Regierung plant die Abschaffung des 8-Studentags. Doch die Mehrheit der Vollzeitbeschäftigten wünscht kürzere Arbeitszeiten. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften ignorieren dieses Bedürfnis. Das ist umso verhängnisvoller, als hunderttausende industrielle Arbeits- und Ausbildungsplätze durch das Kapital bereits abgebaut und viele weitere bedroht sind.

Zudem nehmen Stress am Arbeitsplatz und dadurch bedingte psychische Erkrankungen immer mehr zu. Auch deshalb brauchen wir einen wirksamen betrieblichen Gesundheitsschutz und kürzere Arbeitszeiten für alle, sofort und in einem großen Schritt mit vollem Lohn- und

Personalausgleich. Und wir brauchen ein Verbot von Entlassungen!

Kriege und Aufrüstung bekämpfen!

Weltweit werden immer mehr Kriege geführt. Durch Putins Überfall auf die Ukraine sowie Trumps und Netanjahus Überfall auf den Iran wächst die Gefahr des „großen Krieges“ um die Neuordnung der Erde ständig weiter.

Hauptgewinner sind die Rüstungs-, Digital- und Ölkonzerne und die Ultrareichen. Verlierer sind die arbeitenden Klassen. Kriege vernichten die Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung. Das sehen wir im Iran, in der Ukraine, in Palästina und anderswo. Die russische Armee hat nichts in der Ukraine zu suchen, die israelische Armee nichts in Palästina und im Libanon und die US-Armee nichts im Nahen und Mittleren Osten.

Deshalb müssen die Hauptparolen der internationalen Gewerkschaftsbewegung sein: Die Waffen nieder! Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Blockaden und Streiks gegen Waffenlieferungen! Kampf gegen Militarismus, „Wehrpflicht“ und Aufrüstung!

Gegen Rassismus und Faschismus!

Millionen werden durch Kriege vertrieben. Sie haben ein Recht, aufgenommen und menschlich behandelt zu werden. Unsere Antwort auf Flucht ist nicht Rassismus, sondern Solidarität.

Überall in der Welt gewinnen rassistische, nationalistische, libertäre und faschistische Parteien an Zulauf. Sie sind die größte Bedrohung für die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften.

Musk unterstützte im Wahlkampf die AfD und die frühere Investmentbankerin Weidel. Merz war Chef des deutschen Ablegers von Black Rock, des größten Vermögensverwalters der Welt. Der Milliardär Trump ist nicht nur Kriegstreiber Nr. 1. Durch

seine Vertreibungspolitik ist er ein Vorbild für die „Remigrations“-Pläne der AfD.

Nur eine streikfähige gewerkschaftliche Gegenmacht ist in der Lage, die autoritären und faschistischen Gefahren zu bekämpfen. Wir brauchen deshalb eine soziale Front gegen Rechts, die in der Arbeitswelt und in allen anderen Bereichen wirkt.

Stopp der Klimazerstörung!

Die grenzenlose Profitgier und die Kriegstreiberei führen zur immer bedrohlicheren Zerstörung des Klimas, der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen.

Deshalb müssen die Gewerkschaften für eine demokratische und ökologische Umstellung der Produktion eintreten, in der Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen und nicht Profite.

Kämpfen statt kungeln!

Alle diese Gefährdungen unserer Existenz können durch „Co-Management“ und „Sozialpartnerschaft“ nicht abgewehrt werden. Dafür braucht es unabhängige, demokratische und kämpferische Gewerkschaften.

Die Verteidigung unserer Grundrechte und unserer gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit ist ohne einen Bruch mit der Profit- und Konkurrenzlogik des Kapitalismus nicht möglich.

Gegen Klassenkampf von oben hilft nur aktive Solidarität von unten. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2025.

Ostermarsch Mannheim 2026

„Frieden durch Völkerrecht“

H. S.

Unter dem Motto „Frieden durch Völkerrecht“ fand am Ostersamstag, dem 4. April 2026, auch in Mannheim wieder der Ostermarsch des Ostermarschbündnisses statt. Rund 800 Menschen beteiligten sich sowohl an der Demonstration vom Paradeplatz durch die Innenstadt als auch an der sich anschließenden Kundgebung am Alten Meßplatz. Das waren ungefähr doppelt so viele Menschen wie im letzten Jahr.

Besondere Aufmerksamkeit erzeugten die Perkussionist:innen des Mannheimer Trommelpalastes, die rhythmisch und lautstark der Demo vorangingen. Auch die musikalische Begleitung des Protestzugs durch den Chor „Trotz alledem“ erregte viel Interesse.

Iran, Ukraine, Sudan ...

Inhaltlich war der diesjährige Ostermarsch vor allem geprägt durch den aktuellen amerikanischen/israelischen Angriffskrieg auf den Iran, aber auch andere aktuelle Kriege, zum Beispiel in der Ukraine oder im Sudan, wurden angesprochen.

Hauptthemen bei der Abschlusskundgebung waren neben der sich zuspitzenden Kriegstreiberei die Forderungen nach Frieden und der Einhaltung des Völkerrechts, die Aufrüstung der Bundeswehr und deren enorme soziale Folgekosten sowie die Einführung der „Wehrpflicht“ und die Militarisierung der Gesellschaft.

Ansprachen hielten Max Heßlein, Wirtschafts- und Sozialpfarrer des Kirchlichen Diensts in der Arbeitswelt in Mannheim, Felix Leonhardt, Mitglied des Bundesvorstands der Falken, Sybille Brosius, Mitglied

bei NatWiss und bei Scientists for Future, Kerim Kurt vom Mesopotamischen Kulturverein Mannheim sowie der Hauptredner Reiner Braun, langjähriger Aktivist der Friedensbewegung und ehemaliger Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros.

Sensibilität für die Kriegsgefahr

Musikalisch umrahmt wurde die Abschlusskundgebung durch die Musikerinnen Rana und Mishkaat, sowie durch den Leiter von „Rapsodi“ Akin Demircioglu.

Natürlich war die ISO Rhein-Neckar mit Fahnen und einem Transparent auf der Demo gut sichtbar vertreten und außerdem mit einem Stand auf dem Kundgebungsplatz. Dort verteilten Aktive die ISO-Flugblätter zum Ostermarsch und verkauften unsere Zeitung *Avanti*².

Trotz der zugespitzten Situation mit vielen Kriegen war der diesjährige Ostermarsch von einer insgesamt zuversichtlichen Stimmung geprägt, weil auch bei der Bevölkerung in der Stadt eine erhöhte Sensibilität bezüglich dieser Thematik feststellbar war. Dies macht Hoffnung für die Zukunft. ■

Auszug aus der Rede von Max Heßlein

„Wenn ich die letzten Jahre so beschaue, dann ist es in jedem Jahr, das wir zusammenkommen, drängender und nötiger geworden, für den Frieden einzutreten, weil sich die Kriege und Konflikte, das Töten und Morden, die Gewalt der einen über die anderen immer weiter ausbreiten und normal werden. [...]

Ich habe neulich einen besonderen Satz gelesen. Er stammt von dem alten italienischen Philosophen und Kommunisten Antonio Gramsci [...]: ‚Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.‘ Was für ein Satz, nicht wahr? Ursprünglich aus dem Jahr 1930, in dem Gramsci im Gefängnis der italienischen Faschisten eingekerkert war, ist er heute erschreckend aktuell. Autoritärer Nationalismus, immer weiter zunehmender Druck auf die ausgebeuteten Klassen und die Normalisierung kriegerischer Gewalt gehen Hand in Hand und gestalten gerade eine Welt, die keine Regeln und kein Recht mehr kennt, die das Leben kleinhält oder es vollkommen willkürlich zerstört. Diese Monster fördern den Kampf aller gegen alle, wie er in unserem politischen und wirtschaftlichen System eh schon angelegt ist, in ein neues Extrem hinein. [...]

Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, bauen wir am Frieden [...].

Kurzum: Wir schaffen eine freie, gleiche, solidarisch-geschwisterliche Welt, in der nicht jede gegen jeden kämpft, sondern allein das Leben und die gute Zukunft zählen.

Wir brauchen eine neue Welt ohne Monster. Also müssen wir diese neue Welt bauen. Sonst kommt sie nicht.“ ■



Ostermarsch in Mannheim, 4. April 2026.

Foto: Helmut Roos.

„Wehrpflicht“ bekämpfen

Schulstreiks am 8. Mai verstärken!

O. T.

Mit dem „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“, das seit dem 1. Januar 2026 gilt, ist der Kriegsdienst in die politische Debatte zurückgekehrt. Um „kriegstüchtig“ zu werden und um die Bundeswehr zur stärksten europäischen Armee zu machen, soll nicht nur in Waffen investiert werden, sondern es soll auch das Personal massiv aufgestockt werden.

Hierzu sollen zuallererst junge Männer zunächst noch auf einer freiwilligen Grundlage eingezogen werden. Die Musterung ab 18 Jahren ist allerdings schon heute für alle Männer verpflichtend. Der Kriegsdienst wird, falls sich nicht genug Freiwillige melden zu einer staatlichen Zwangsverpflichtung (für Frauen soll er bisher freiwillig bleiben).

Vor diesem Hintergrund machen immer mehr junge Menschen von ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch. Laut dem zuständigen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) haben im ersten Quartal 2026 2.656 Menschen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt. Im gesamten Jahr 2024 waren es 2.998 und im Jahr 2025 insgesamt 3.867 Menschen.

Junge gegen Militarisierung

Die steigende Anzahl von Kriegsdienstverweigerern ist gleichzeitig Ausdruck von zivilem Widerstand gegen die Aufrüstung und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Dies wurde auch deutlich bei den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht am 5. Dezember 2025 und am 5. März 2026. Zehntausende Schülerinnen und Schüler sind dabei auf die Straße gegangen, um – unter anderem auch in Heidelberg und Mannheim – gegen die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ und die angestrebte „Kriegstüchtigkeit“ zu demonstrieren. Der nächste Schulstreik wird am 8. Mai 2026 stattfinden.

Feindbild Russland

Die Regierung behauptet die „Wehrpflicht“ und die Aufrüstung seien notwendig, um Sicherheit gegenüber dem Feind Russland zu gewährleisten. Dabei existiert die angebliche Bedrohung Deutschlands durch einen militärischen Angriff Russlands gar nicht. Dieser wird immer wieder herbeigeredet und dient lediglich dazu, Kriegsangst zu verbreiten, um dadurch die Zustimmung der Bevölkerung für die hohen Kosten der Aufrüstung zu erhalten.

Die NATO ist Russland schon jetzt weit überlegen. Die Militärausgaben der NATO-Staaten sind zehnmal so hoch wie die Russlands, die der europäischen NATO-Staaten mehr als dreimal so hoch. Eine reale Kriegsgefahr mit Russland gibt es dann, wenn Deutschland im Ukrainekrieg durch eine noch stärkere Unterstützung der Ukraine zur unmittelbaren Kriegspartei würde.

Sozialabbau wegen Aufrüstung

Sicher ist aber: Investitionen und Ausgaben für Militär dienen der Zerstörung, sie verschwenden Ressourcen und Arbeitskraft, schaden der Natur und machen die große Mehrheit der Bevölkerung ärmer. Je mehr Geld für „Kriegstüchtigkeit“ ausgegeben

wird, desto weniger bleibt für Soziales übrig: für die Daseinsvorsorge, für die zivile Infrastruktur, für Renten, für die Löhne der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, im Bildungswesen sowie den sozialen Bereichen und nicht zuletzt für die Bekämpfung der Klimazerstörung.

Rüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Medaille. Dieser Kurs wird in den nächsten Jahren dramatische Auswirkungen auf die arbeitende Klasse haben und die ohnehin schon zunehmende Verarmung verschärfen. Hinzu kommen die von Großkonzernen angekündigte Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie die Angriffe auf Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen.

Wachsende Kriegsgefahr

Die brandgefährliche Aufrüstungsspirale muss gestoppt werden. Sie beschert nur der Rüstungsindustrie weitere Rekordgewinne auf Kosten der Steuerzahler:innen. Sie wird die laufenden Kriege nicht beenden, die internationalen Spannungen nicht auflösen, sondern noch weiter zuspitzen. Sie wird zukünftige Kriege nicht verhindern, sondern wahrscheinlicher machen.

Antimilitarismus, internationale Solidarität und Verständigung sind erforderlich, um bestehende Krisen lösen zu können. Die 2.665 Milliarden Euro, die 2025 weltweit für Militär ausgegeben wurden, werden dringend benötigt für die Bewältigung der elementaren Menschheitsprobleme: die Bekämpfung der Klimakatastrophe, der Armut und der fehlenden Bildung!

Um Aufrüstung und Kriegstreiberei stoppen zu können, bedarf es einer starken, international vernetzten antimilitaristischen Bewegung. Gewerkschaften, Klimagerechtigkeitsbündnisse, soziale und politische Organisationen müssen sich dieser Aufgabe stellen. Konkret gilt es jetzt, die Schulstreiks am 8. Mai 2026 zu unterstützen. ■



Schulstreik in Mannheim, 5. März 2026.

Foto: KIM.

Betriebsratswahlen 2026

Noch mehr Kratzer im Lack? (I)*

H. N.

Betriebsratswahlen haben eine zentrale Bedeutung – nicht nur, aber vor allem für die Arbeitswelt. Dort ist die ungebremste Kapitaloffensive unmittelbar zu spüren. Arbeitsplatzabbau, Konkurrenzdruck und zunehmender Stress im Beruf sind alltäglich. Auch der anhaltende politische Rechtsruck und die politische Schwäche von Gewerkschaften machen sich zunehmend in den Belegschaften bemerkbar.

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der mit über 2 Millionen Mitgliedern immer noch größten DGB-Gewerkschaft IG Metall (IGM), zog bereits eine positive Zwischenbilanz. Die IGM dominiert laut Benner die seit März (bis Ende Mai) laufenden Betriebsratswahlen 2026 mit einem Stimmenanteil von durchschnittlich fast 80 Prozent. Von einem Rechtsruck in den Betrieben kann ihr zufolge keine Rede sein.

In der Tat haben in der IGM organisierte Kandidat:innen etwa 2.300 der bis zum 17. März 2.900 vergebenen Mandate gewonnen. In wichtigen Konzernen wie Audi, Daimler/Mercedes, Siemens oder VW haben die Wahlen bereits stattgefunden. Bis Ende Mai wird jedoch noch über rund 60.000 weitere Sitze in etwa 9.500 Betriebsratsgremien abgestimmt.

Weitere Stärkung rechter Listen

Die anhaltende illegale Bekämpfung der IG Metall in der Tesla „Gigafactory“ des Faschistenfreundes Musk (vgl. *Avanti*², Nr. 140) und die deshalb erfolgte Anfechtung der dortigen BR-Wahlen durch die IGM ist nur die unübersehbare Spitze einer gefährlichen Entwicklung.

Die Bindungskraft und die Organisationsmacht von Gewerkschaften wie der IG Metall geraten in zunehmend rauerer Zeiten immer weiter unter Druck. Nicht nur wegen aggressiver Kapitalisten, sondern auch wegen einer fehlenden Strategie kämpferischer betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Vor diesem Hintergrund öffnen sich immer mehr Spielräume für unternehmensnahe, rechte und faschistische Kandidaturen. Es ist fatal, diese Gefahr zu ignorieren und sie à la Benner kleinzureden.

Im VW-Werk im sächsischen Zwickau kam es zwar zu keinem „rechten Umsturz“, doch ist es extrem fahrlässig von der IGM-Vorsitzenden von einer „stabilen“ Belegschaft zu reden. Immerhin gingen 4 von 35 Sitzen an eindeutig rechtsextreme Kandidaten.

Auch an anderen Auto-Standorten konnten mehr oder weniger offen rechte Listen punkten. „Zentrum - Die alternative Gewerkschaft“, ein der AfD nahestehender Verein, errang erstmals jeweils zwei BR-Sitze bei Audi in Ingolstadt und bei VW in Braunschweig. In drei Daimler-Werken will diese Truppe weitere 16 Mandate errungen haben. Insbesondere steigerte „Zentrum“ bei Mercedes-Benz Untertürkheim – und das bei einer „Rekordwahlbeteiligung“ von 68 % – seinen Stimmenanteil von bisher 15,5 % (7 BR-Sitze) auf jetzt 21 % (9 von 43 Mandaten).

Zudem gewannen in anderen Betrieben „freie“ bzw. „alternative“ Listen an Boden, die sich oft unpolitisch geben, aber teilweise personelle Überschneidungen mit dem rechten Rand aufweisen.

Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung ist es immerhin erfreulich, dass die Erste Vorsitzende der IG Metall sich intern auch Kritik an ihrer Schönfärberei anhören musste.

Weiterer Substanzverlust der IGM-Listen

Ein noch viel bedeutenderes Alarmsignal sind die spürbaren Verluste der IG Metall in ihren traditionellen Bastionen. Im Volkswagen-Konzern sank der Anteil der IGM-BR-Mandate von 93 % (2022) auf jetzt 85 %.

Im Stammwerk VW Wolfsburg ist der Rückgang noch deutlicher: von 85,5 % und 66 BR-Sitzen (2022) auf nur noch 74,8 % und 52 BR-Sitze (2026) für die Liste der GBR- und KBR-Vorsitzenden Daniela Cavallo. Sehr kritisch ist hier auch die historisch niedrige Wahlbeteiligung von lediglich 58 %.

Bei Mercedes-Benz entfielen auf die IGM-Kandidaturen konzernweit nur noch 72 % der gültigen Stimmen und bei BMW 73 %.

Diese und andere Ergebnisse deuten auf eine zunehmende Entfremdung vieler Kolleg:innen von ihren meist dem „Co-Management“ sich verpflichtend fühlenden bisherigen betrieblichen Interessenvertretungen hin. Zudem spielen berechnete Existenzängste wegen der profitorientierten „Transformation“ zum Elektroantrieb in der Auto- und der Autozulieferindustrie eine große Rolle.



Wahlwerbung der IGM bei Tesla Grünheide, 2024.

Foto: IGM BBS.

* [Fortsetzung folgt in *Avanti*², Nr. 142.]

Tarifabschluss Chemie und Pharma 2026

Die Zeche zahlen die Beschäftigten

J. J.

Am 25. März 2026 haben die Industriegewerkschaft IGBCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie BAVC das Chemietarifpaket 2026 mit dem Titel „Transformationspakt Chemie – Brücken für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“ unterschrieben. Es gilt für rund 585.000 Beschäftigte in 1.700 Betrieben der Chemie- und Pharmaindustrie.

Mitte Dezember 2025 hatte die IGBCE ihre Tarifforderung 2026 für die Chemie- und Pharmaindustrie beschlossen. Wenig konkret forderte sie: „Eine Erhöhung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten und Auszubildenden, die die Kaufkraft weiter stärkt. Tarifliche Instrumente zur Beschäftigungssicherung.“ Der BAVC forderte angesichts „schwieriger Rahmenbedingungen“ eine Nullrunde.

Heiße Luft und leere Worte

Der IGBCE-Verhandlungsführer Heinrich lehnte im Dezember eine Nullrunde ab. Diese würde keinen Job retten „in dieser Branche, die so kapitalintensiv ist wie kaum eine andere.“

Der BAVC forderte vor der 1. Bundesverhandlung am 4. Februar 2026 nochmals eine „Atempause“. Aber Heinrich erklärte, es gäbe „immer noch massiven Nachholbedarf bei den Löhnen“. Er wolle keinen Abschluss, der „einen Kaufkraftverlust darstellt.“

Spätestens mit Tarifabschluss Ende März war klar, dass Heinrichs Worte nur heiße Luft waren. Die IGBCE konnte ihre Forderungen nicht durchsetzen.

- Der Tarifvertrag hat eine lange Laufzeit vom 1. März 2026 bis zum 31. Mai 2028. Damit hat sich die IGBCE ohne Not tarifpolitische Fesseln angelegt. Die unkalkulierbaren Risiken hinsichtlich Teuerung und Inflation tragen die Beschäftigten.
- Für die ersten zehn Monate der Tariflaufzeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 2026 gibt es keine Lohnerhöhung. Erst am 1. Januar 2027 werden die Entgelte um 2,1 % erhöht und dann am 1. Januar 2028 in einer zweiten Stufe um 2,4 %. Damit hat die IGBCE weiteren Reallohnverlust akzeptiert.
- Auch bei der Beschäftigungssicherung bietet der Tarifabschluss wenig. Pro Beschäftigten zahlen die Unternehmen für die Jahre 2026 und 2027 jeweils 300 Euro in den betrieblichen Demografie-Fonds ein. Dieser „Transformationsbetrag“ soll für von den Betriebsparteien einvernehmlich vereinbarte Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung dienen. Doch damit sind keine Verpflichtungen für die Unternehmen verknüpft, Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten.

„Krisenabschluss“ im Sinne des Kapitals

Für das Chemiekapital ist dieser Abschluss ein Erfolg: 27 Monate Tarifruehe, niedrige Lohnerhöhungen und unverbindliche Standortsicherungsregeln schonen die Profite.

Für die Beschäftigten ist er eine Niederlage: weiterer Kaufkraftverlust, mit Tarifverzicht finanzierte betriebliche Maßnahmen, aber keine verbindlichen Standort- und Arbeitsplatzgarantien.

Laut dem Vorsitzenden der IGBCE Vassiliadis sind die Beschäftigten mit diesem „Krisenabschluss“ in Vorleistung getreten. Jetzt müssen „auch andere liefern“. Daran will er die „Entscheider“ messen. Aber was die IGBCE tun will, wenn diese nicht liefern, lässt er vielsagend offen.

„Sozialpartnerschaft“ nützt der autoritären Rechten

Wie gewohnt gab es keine Warnstreiks, sondern lediglich Kundgebungen und Demonstrationen. Dabei zeigte sich erneut die geringe Mobilisierungs- und Kampfkraft der IGBCE. 2024 waren es rund 200 Aktionen mit etwa 50.000 Teilnehmenden, diesmal nur „mehr als 100 Aktionen“ mit einigen Tausend Beschäftigten.

Nach der Tarifrunde 2024 zog *Avanti?* folgendes Fazit: „Jede weitere kampflose und ‚partnerschaftliche‘ Tarifrunde vertieft die Sozialpartnerschaft der IGBCE und schwächt ihre geringe Kampffähigkeit weiter. [...] so wird bei den Beschäftigten kein Klassenbewusstsein, kein Vertrauen in ihre Gewerkschaft und keine Kampfkraft entwickelt.“

Mit der Tarifrunde 2026 hat die IGBCE-Führung diese Entwicklung bewusst vorangetrieben. Dies hat verheerende Folgen. Denn wenn es gegen die Angriffe von Kapital und Politik keine gewerkschaftliche Gegenwehr gibt, gewinnt die autoritäre Rechte weiter an Einfluss.

Umso wichtiger ist es, jetzt in den Betrieben und Gewerkschaften für eine aktive und kämpferische Politik im Interesse der Beschäftigten einzutreten. Nur mit einem solchen Kurswechsel kann es gelingen, die Klasseninteressen der Arbeitenden zu verteidigen und die autoritäre Rechte zurückzudrängen. ■



Protest bei Alstom Power in Mannheim, 2. November 2010.

Der Putsch der Milliardäre – Gewerkschaften unter Beschuss?

U. D.

Die Konzentration von Reichtum und Macht nimmt weiter zu. Milliardäre wie Musk oder Thiel nutzen ihre enorme Kapitalmacht, um Wirtschaft, Politik, Gesetzgebung und Medien zu beeinflussen. Ihr Ziel ist der autoritäre Umbau von Staat und Gesellschaft.

Sie wollen nicht Freiheit, Demokratie und gutes Leben für alle. Ihnen geht es um die Beseitigung aller Hindernisse ihrer eigenen Freiheit, sich noch mehr Reichtum und Macht zu verschaffen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bereits 2025 vor diesem „Putsch der Milliardäre“ gewarnt (<https://www.ituc-csi.org/das-trump-musk-modell>).

Putsch der Milliardäre

Die Superreichen und Konzerne wollen weder ihre Macht noch ihre Profite teilen. Daher ist es kein Wunder, dass sie die internationale Gewerkschaftsbewegung massiv bekämpfen. Denn diese ist die einzige organisierte soziale Kraft, die ihre Interessen gefährden könnte. Dazu passt auch, dass sie offen autoritäre und faschistische Personen und Parteien unterstützen.

Dahinter verbirgt sich eine global koordinierte Klassenpolitik des Kapitals. Jeglicher Widerstand der arbeitenden Klassen soll verhindert werden. Kollektive Interessenvertretungen sollen handzahn gemacht oder beseitigt werden. Ziel ist im Kern eine Neuauflage der Betriebsgemeinschaft des Hitler-Faschismus, in der der Unternehmensführer faktisch alleine entscheidet.

Deutschland galt lange als Vorbild der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit. Die „Sozialpartnerschaft“ wird bis heute als historischer Kompromiss verkauft, der beiden Seiten nützt. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

1991 waren 36 Prozent aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, heute sind es nur 16 Prozent. 2024 war nur noch für 49 % aller Beschäftigten das Beschäftigungsverhältnis tariflich geregelt. Die anderen haben keine tariflich geregelten Löhne und Arbeitszeiten.

Dies ist das Ergebnis neoliberaler Politik und jahrzehntelanger Kapitalstrategien. Zum Beispiel: Aufspaltung und Verkauf von Unternehmen, Auslagerungen in tariffreie Tochterfirmen, Werkverträge, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und Produk-

tionsverlagerungen. Erreicht wird damit immer dasselbe: die betriebliche und gewerkschaftliche kollektive Verhandlungsmacht der Beschäftigten zu schwächen oder ganz zu beseitigen.

Es ist ein Skandal und ein Desaster, dass die Mehrheit der Funktionär:innen der deutschen Gewerkschaften diese Entwicklung nicht massiv bekämpft hat, sondern nur „sozial abfedern“ wollte.

Gleichzeitig hat der Neoliberalismus die öffentliche Deutungshoheit erlangt. „Wettbewerbsfähigkeit“, „Flexibilisierung“ und „Entbürokratisierung“ gelten demnach als notwendige Sachzwänge – Streiks, Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerungen dagegen als Risiko und Belastung für Wirtschaft und Gesellschaft.

Verschärfte Angriffe

Trotz „Sozialpartnerschaft“ greifen auch in Deutschland Unternehmen seit vielen Jahren offen und aggressiv Gewerkschaften, Tarifbindung, Betriebsräte und das Arbeitsrecht an.

Immer wieder wird eine weitere Einschränkung des deutschen Streikrechts gefordert. Zum Beispiel als die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) 2024 für bessere Arbeitsbedingungen streikte.

In zahllosen Betrieben werden Betriebsratswahlen systematisch be- oder sogar verhindert. Firmenleitungen setzen externe Unrechts-Anwälte ein, um Belegschaften einzuschüchtern und kämpferische Betriebsräte zu mobben und zu kündigen.

Die Digitalisierung wurde vom Kapital bewusst genutzt, um neue Arbeitsverhältnisse zu schaffen: Kurierfahrer, Clickworker und Gigworker sind rechtlich selbstständig, aber wirtschaftlich abhängig. Sie genießen weder Arbeitsrecht noch Tarifschutz. Zudem sind sie „fragmentiert“ und darum schwer zu organisieren.

Gegenwehr ist möglich

Die Beteiligung bei Tarifrunden der letzten Jahre im Öffentlichen Dienst oder bei der Deutschen Bahn AG und die Organisationserfolge bei Amazon oder Tesla zeigen, dass kollektive Gegenwehr immer noch möglich ist. Aber die sozialpartnerschaftliche Einbindung der großen Mehrheit der Gewerkschaftsapparate verhindert entschiedenen Widerstand und droht die politische und organisatorische Schwächung der Gewerkschaften zu beschleunigen.

Umso wichtiger ist es, in der Arbeitswelt und in den Gewerkschaften für eine konsequente und kämpferische Politik einzutreten, die sich ausschließlich an den Interessen der Beschäftigten orientiert. Dabei sind gemeinsame, solidarische und demokratisch organisierte Aktionen von zentraler Bedeutung.

Es geht um nicht weniger als um die Zukunft kollektiver Gegenmacht der arbeitenden Klasse. Es geht darum, ob der Putsch der Milliardäre Erfolg haben wird und sich in seinem Fahrwasser der autoritär-libertäre Rechtsruck fortsetzt.

Noch ist nichts entschieden. Noch ist Zeit – nutzen wir sie. ■



Musk und Trump im Weißen Haus, 11. Februar 2025.

Foto: Gemeinfrei.

„Keine GGH-Profitte mit unserer Miete“

Kundgebung von Mieter:innen der Heidelberger GGH

A. N.

Für viele Mieter:innen der GGH (Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH) – einer Tochtergesellschaft der Stadt Heidelberg – war es im Februar 2026 mal wieder soweit: Die nächste Mieterhöhung wurde angekündigt. Damit schöpft die GGH den rechtlichen Rahmen von 15 % in drei Jahren völlig aus.

Die Mieter:inneninitiative Höllenstein + Mark-Twain-Village bemerkt dazu: „In dem GGH-Dreiklang ‚sozial – ökologisch – wirtschaftlich‘ gibt die Wirtschaftlichkeit offensichtlich den Ton an – das heißt, die Gewinnsteigerung auf Kosten der Mieter:innen“.



Mietenprotest in Heidelberg, 16. April 2026.

Protest vor dem Rathaus

Einige Mieter:innen wollen das nicht einfach so hinnehmen und organisierten einen Protest vor der Gemeinderatssitzung am 16. April vor dem Heidelberger Rathaus.

Unterstützt wurde die Initiative von verschiedenen Gruppierungen wie dem End-Cement-Camp, der ISO Rhein-Neckar, dem KDA, der Linkspartei Heidelberg und mehreren Wohnprojekten.

Die GGH vermietet 7.351 Wohnungen, das sind etwa 15 % der Mietwohnungen in Heidelberg. Die Erhöhung wirkt sich somit nicht nur direkt auf die GGH-Mieter:innen aus, sondern betrifft indirekt über den Mietpreisspiegel alle Mieter:innen der Stadt.

Unsoziale Sozialwohnungen?

Eine Mieterin führte in ihrem Redebeitrag aus: „Ich war sehr naiv. Die GGH als städtisches Wohnungsbauunternehmen mit

Sozialwohnungen, das klang super!“ Doch dann kamen die Nebenkostenabrechnungen. Im GGH-Quartier Mark-Twain-Village haben die Mieter:innen sich zusammengeschlossen, als im Dezember letzten Jahres Nebenkosten-Nachzahlungen im vierstelligen Bereich zugestellt wurden.

Etwa 30 % der GGH-Wohnungen sind sozial gefördert und unterliegen damit besonders strengen Regelungen in Bezug auf Mietpreiserhöhungen. Diese Mieter:innen trifft die Erhöhung der Kaltmieten diesmal nicht, von den Nebenkostenabrechnungen sind sie aber genauso betroffen.

Kim Sophie Bohnen von der Linkspartei berichtete in ihrem Redebeitrag zudem von Wohnungen in katastrophalem Zustand. Auch die Mieter:innen gingen darauf ein, dass die Menschen im sozial geförderten Wohnraum mit ihren Anfragen und Anliegen an die GGH häufig im Stich gelassen werden.

Gegenwehr – aber wie?

Wieso wehren sich nicht mehr Mieter:innen gegen die steigenden Mieten? Ist es der Frust vom letzten Protest vor anderthalb Jahren, der nichts daran ändern konnte, dass jetzt wieder erhöht wird? Oder ist es die Angst, die Wohnung zu verlieren, wenn man sich bei der Vermieterin unbeliebt macht? Beides hören die aktiven Mieter:innen von ihren Nachbar:innen. Da ziehen es viele vor, sich eine andere Wohnung zu suchen – außerhalb der Stadt, oder wer es sich irgendwie leisten kann in einem Eigenheim.

So vertreibt die GGH mit ihrer Mietpreispolitik Menschen aus ihrem Lebensumfeld und zerstört Nachbarschaften. Das trifft vor allem Menschen, die auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sind und kaum eine andere Wohnung mit vergleichbarer Infrastruktur wie in Heidelberg finden kön-

nen. Auch Familien, Alleinerziehende, Rentner:innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen werden in ihrer Lebensgrundlage bedroht.

Aufgeben ist keine Option

Die Mieter:inneninitiative ist deswegen entschlossen weiterzumachen. Die nun anstehende Mieterhöhung wird wohl nicht abzuwenden sein. Doch gemeinsam mit mehreren Bündnispartner:innen aus der Heidelberger Zivilgesellschaft möchte die Initiative weiter in die Zukunft denken und planen, sich weiter organisieren und mehr Mieter:innen aktivieren.

Die Initiative hält dabei an ihren Forderungen fest:

- Keine weiteren Mietpreiserhöhungen!
- Transparente und nachvollziehbare Aufstellung der Nebenkosten!
- Keine unnötigen oder überbeuerten Ausgaben, sondern demokratische Planung unter Einbezug der Mieter:innen!
- Wiedereinführung des Mieter:innenbeirates mit echter Mitbestimmung!
- Kein Profit mit unsere Miete! Die GGH muss wieder gemeinnützig werden! ■



Mietenprotest in Heidelberg, 16. April 2026.

Spannender Infoabend der ISO Rhein-Neckar

„Der ‚Iran-Krieg‘ – Brandbeschleuniger des autoritären Rechtsrucks?“

R. G.

Der Infoabend der ISO Rhein-Neckar im April 2026 befasste sich erneut mit dem „Iran-Krieg“. Doch diesmal ging es nicht direkt um den von Trump und Netanjahu angezettelten Angriffskrieg gegen den Iran. Vielmehr war das Thema der Zusammenhang von Krieg und autoritärem Rechtsruck.

In seinem informativen Vortrag zeigte unser Referent auf, dass im Schatten aktueller Kriege der autoritäre Umbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie vorangetrieben wird. Dabei setzte er sich mit verschiedenen Beiträgen auseinander. Zum einen mit dem vom US-Historiker Timothy Snyder am 4. April 2026 veröffentlichten Text „Der nächste Putschversuch – und wie man ihn verhindern kann“. Zum anderen mit zwei Flugblättern des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zum „Putsch der Milliardäre“ vom März 2025.

Lehren der Geschichte

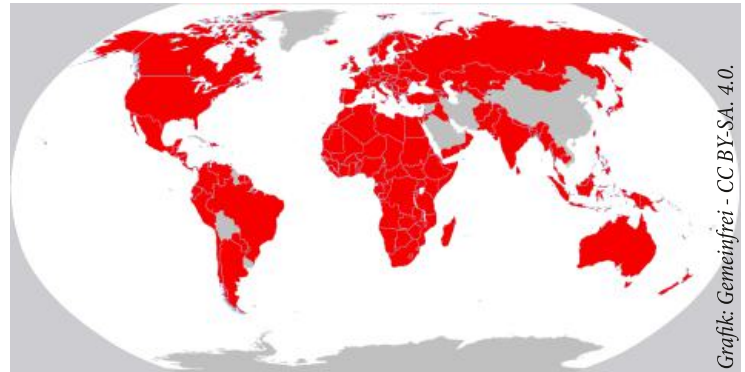
Snyder blickt zurück in die Geschichte, um die Gegenwart zu verstehen. Dabei konzentriert er sich auf die autoritären Gefahren für den bürgerlich-kapitalistischen Parlamentarismus.

Die Stärke von Snyders Text ist, dass er kenntnisreich und verdichtet die aktuelle Entwicklung in den USA mit historischen Beispielen vergleicht. Mit der autoritären Herrschaft Bonapartes in Frankreich Mitte des 19. Jahrhunderts, der Einigung des deutschen Reiches unter Bismarck und dem Hitler-Faschismus. Nicht zuletzt mit der Politik Putins, der durch Krieg und „ausländische“ (möglicherweise selbst inszenierte) Terroranschläge die „Gründe“ schafft, um parlamentarische Demokratie sowie Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken und die Opposition zu unterdrücken. Snyder geht es aber nicht um Geschichtsbetrachtung, sondern darum, die autoritäre Gefahr aufzuzeigen, um so die Gegenwehr zu stärken.

Die entscheidende Schwäche Snyders ist, dass er sich nur auf der Ebene der Politik bewegt und in seiner Analyse nicht die sozialen Klassen und deren gegensätzliche Interessen berücksichtigt. So kommt die Klassenherrschaft des Kapitals als Motor des autoritären Umbaus genauso wenig vor wie die arbeitende Klasse und deren gewerkschaftliche Organisationen als entscheidende politische und soziale Faktoren im Kampf gegen Autoritarismus und Trump.

Der Putsch der Milliardäre

Das aber ist genau die Stärke der Flugblätter des IGB, in dem sich mehr als 150 Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Sie zeigen auf, welche sozialen Interessen hinter dem autoritären Umbau stehen. Die Macht- und Profitinteressen der Hyperreichen. Eine besondere Bedeutung hat für den IGB die ungeheure Konzentration von Kapitalmacht in den Händen weniger Männer. Vor allem die US-Tech-Konzerne Alphabet, Meta, Apple, NVIDIA, Microsoft, Tesla und Amazon und deren Besitzer haben weltweit enormen Einfluss. Sie dominieren nicht nur die IT-Branche, sondern sind eng mit dem politischen Macht- und Staatsapparat der USA verknüpft. Sie sind ein zentraler Bestand-



Rot eingefärbt die globale Verbreitung der IGB-Gewerkschaften.

Grafik: Gemeinfrei - CC BY-SA. 4.0.

teil einer globalen Manipulations- und Verdummungsmaschinerie.

In klarer Sprache formuliert der IGB die Forderungen nach einem guten Leben für alle im Gegensatz zu den Interessen der Konzerne und der Hyperreichen. Das hebt sich wohltuend ab vom sozialpartnerschaftlichen Gerede der Vorstände von Gewerkschaften wie der IGBCE und IG Metall.

Die größte Schwäche der IGB-Texte ist, dass sie nicht ausdrücklich benennen, dass der Kapitalismus selbst die entscheidende, zu beseitigende Ursache für den Putsch der Milliardäre ist. Dramatisch ist, dass der IGB derzeit nicht die Kraft hat, weltweit wirksamen Widerstand zu organisieren. In dieser Hinsicht ist er abhängig von der Kampfbereitschaft und -fähigkeit seiner nationalen Mitgliedsorganisationen. Dennoch können die Flugblätter des IGB gut genutzt werden, um aufzuklären und die Diskussion über Klassenherrschaft und Gegenwehr zu führen.

Anregender Austausch

Die anschließende Diskussion bot Zeit und Raum für einen gelungenen Austausch über den Vortrag und die unterschiedlichen Positionen der Teilnehmenden. Auch wenn es eine einhellige Ablehnung von Krieg und autoritären Entwicklungen gab, so wurden in der Diskussion dennoch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

Ein Thema war die alltägliche Manipulation durch Tech-Konzerne, Politik und Medien. Deren Ziel ist, die „Öffentlichkeit“ im Sinne der Kriegs- und Profitziele des Kapitals zu beeinflussen und autoritäre Ideen mehrheitsfähig zu machen. Um erfolgreich Gegenklärung zu betreiben, braucht es den Aufbau reichweitenstarker Print- und Digitalmedien.

Aber das allein reicht nicht aus. Notwendig ist, überall dort, wo wir lernen, arbeiten leben und lieben die Gegenwehr gegen Rechtsruck, Militarisierung und die aktuellen sozialen sowie politischen Angriffe zu organisieren. ■

Links! Links! Links! (I) *

Unsere Genossin Bärbel wird 90!

Am 20. Mai 2026 feiert unsere Freundin und Genossin Barbara Schulz ihren 90. Geburtstag. Wir freuen uns sehr, aus diesem Anlass Bärbels Artikel „Links! Links! Links!“ über heute kaum noch bekannte russische Literatur wieder veröffentlichen zu können.

B. S.

In den bewegten Jahren der Russischen Revolution gab es ein vielfältiges Kulturleben. Musik, Theater, Malerei und besonders die Literatur waren experimentierfreudig und somit vielfältig. Die Künstler:innen hatten in den Zwanziger Jahren Kontakte im und zum Ausland. Ich möchte Neugier wecken mit einigen Beispielen aus der Literatur, die ich persönlich sehr eindrucksvoll finde.

Wladimir Majakowski

Wladimir Majakowski widmet 1918 seinen Text „Linker Marsch“ den Matrosen. Die vier martialischen Strophen, die sich gegen den „britischen Löwen“, gegen die „Entente“ wenden und die Kraft der Kommune besingen, münden in der Aufforderung: Links! Links! Links!

Majakowski (1893 – 1930) soll schon als Fünfzehnjähriger Parteiarbeit geleistet haben. Er war, wie viele seiner kunstbesessenen Zeitgenossen, viel im Ausland. Er war überzeugt: „Ohne revolutionären Kampf keine revolutionäre Kunst.“

In Ilja Ehrenburgs Autobiographie *Menschen Jahre Leben* wird sein Wirken eingehend beschrieben. Majakowski rezitierte seine Gedichte auf der Bühne, besonders vehement den Linken Marsch. Er bezeichnete seine Schreibweise selbst als „kommunistischen Futurismus.“

Maria Zwetanowa sagte von ihm: „Lebte wie ein Mensch, starb wie ein Dichter“; er schoss sich 1930 „selbst ins Herz.“ Ende der Zwanziger Jahre hatte Majakowski die bürokratische Entwicklung in der UdSSR kritisiert.

Isaak Babel

Von besonderer Bedeutung ist für mich Isaak Babel (1894 - 1941). In seiner Sammlung von Texten beschreibt er das Leben und Kämpfen in Budjonny's Reiterarmee. Er selbst war Teil dieser Kosakentruppe und hat ihre Kämpfe und das Kriegsgeschehen in einer Art poetischem Realismus beschrieben.

„Der Newskij-Prospekt floß wie eine

Milchstraße in die Ferne. Pferdekadaver markierten ihn wie Werststeine. Mit hochgereckten Beinen stützten sie den niedrig hängenden Himmel. Ihre aufgerissenen Leiber waren blank und glänzend.“

General Budjonny wollte, dass Babels Texte verbrannt werden. Er betrachtete die Darstellung als diffamierend. Aber Maxim Gorki wiegelte ab, Budjonny habe das Buch „von der Höhe des Pferderückens“ betrachtet, nicht „von der Höhe der Kunst“.

Babel wurde beschuldigt, sich in Paris mit Trotzki abzugeben zu haben, er ist vermutlich im Gefängnis getötet worden, offiziell starb er 1941 im Lager. Er wurde aber nach Stalins Tod beim Zweiten Schriftstellerkongress 1954 rehabilitiert.

Anna Achmatowa

In meiner subjektiven Auswahl befindet sich nur eine Frau: Anna Achmatowa (1889 - 1966), die von Zeitgenossen die „größte russische Dichterin“ genannt wurde. Sie ist älter geworden als die meisten ihrer männlichen Gefährten, war dreimal verheiratet, zwei ihrer Männer waren in Haft, der einzige Sohn war ebenfalls eingekerkert.

Es wird berichtet, dass sie oft mit anderen Frauen vor den Gefängnistoren stand, um ein Nahrungspäckchen für die Inhaftierten abzugeben. Dabei wurde sie, die viele Liebesgedichte geschrieben hat, gefragt, ob sie die Situation beschreiben könne. Sie konnte!

Hier vier Verse des Epilogs zu ihrem Requiem:

„Ich kannte viele früh gewelkte Frauen
Von Schrecken, Furcht, Entsetzen ausgeglüht.“

Des Leidens Keilschrift sah ich eingehauen

Auf Stirn und Wangen, die noch kaum geblüht.“

Wie viele andere Schreibende war sie von den Repressalien der Stalinzeit betroffen, mit dem Ausschluss aus dem Schriftstellerverband, Schreibverbot und der Vernichtung zweier Gedichtbände. Deshalb arbeitete sie zeitweilig an Übersetzungen.

Die „Tauwetterperiode“ nach Stalins Tod und ihre Rehabilitation ermöglichten ihr wieder die gewohnte Arbeit. „Anna von ganz Russland“, so Marina Zwetajewa, starb 1966. Zwei Astronominnen verliehen ihr zu Ehren dem Kleinplaneten 3067 den Namen Achmatowa! ■

* [Teil II folgt in *Avanti*², Nr. 142. Ursprünglich ist dieser Text erschienen in der Rhein-Neckar Beilage zur *Avanti* von Oktober 2017.]



Barbara Schulz in Hamburg, 1. Juni 2024.

8-Studentag abschaffen?

Widerstand gegen Regierungspläne jetzt!

M. G.

Die Regierung Merz/Klingbeil will den 8-Studentag abschaffen und eine wöchentliche Höchst- arbeitszeit von 48 Stunden einführen. Auch in anderen EU-Ländern gibt es ähnliche Pläne.

Hinter dieser menschenverachtenden Kampagne stehen Kapitalinteressen. Arbeitszeiten sollen noch mehr entgrenzt und flexibilisiert werden. Dies sieht auch die „EU-Arbeitszeitrichtlinie“ vor. Sie „begrenzt“ die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden – jedoch nicht direkt die tägliche Arbeitszeit. Lediglich eine tägliche ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden ist vorgesehen. Arbeitstage können demzufolge bis zu zwölf Stunden und 15 Minuten lang sein.

Das ist krimineller Irrsinn. Lange Arbeitszeiten haben eine erhöhte Gefährdung der Gesundheit und des Lebens von Beschäftigten zur Folge. Zudem geschehen mehr Fehler, je länger die Arbeit dauert.

Angesichts des massiven Abbaus von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch Digitalisierung, Rationalisierung, Verlagerungen und Werksschließungen ist eine Verkürzung der täglichen und der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich erforderlich.

Der 8-Studentag ist eine historische Er rungenschaft der Arbeiterbewegung. Bereits in den 1810er Jahren formulierte der Sozialist Robert Owen die Losung: „Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung.“ In Deutschland konnte der 8-Studentag erstmals dank der Novemberrevolution 1918 durchgesetzt werden.

Gegen die Angriffe von Kapital & Politik

auf den 8-Studentag müssen die Gewerkschaften spürbaren Widerstand organisieren. Nur wer kämpft, kann gewinnen! ■



ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 1. Mai 2026, 10:30 Uhr, DGB-Demo mit anschließender Kundgebung, Alter Meßplatz, MA
- FR, 1. Mai 2026, 10:30 Uhr, DGB-Demo ab Hauptstr./St-Anna-Gasse mit anschließender Kundgebung, HD
- FR, 1. Mai 2026, 15 Uhr, DGB-Kundgebung, Waidallee 2-4, Weinheim
- DO, 07.05.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 8.05.2026, 11 Uhr, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, Stadtbücherei, HD
- FR, 8.05.2026, Schulstreik gegen „Wehrpflicht“, MA
- SAM, 09.05.2026, 13 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO-Rhein-Neckar, MA
- SO, 10.05.2026, 10 Uhr, „Wir wagen eine andere Welt“, 17. „Kongress gegen Rechts“, NTM Werkhaus, Mozartstraße 9–11, MA
- MO, 11.05.2026, 19:30 Uhr, Film „Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“, Cinema Quadrat, K 1,2, MA
- FR, 22.05.26, 19 Uhr, „Trump, Trumpismus und die USA“, DGB-Jugendraum, Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 28.05.2026, 19:30 Uhr, „Militarisierung und die kommunale Zeitenwende“, Ver.di-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7, LU

Vorschau

- SAM/SO, 13.-14.06.2026, Ökosozialistische Konferenz, Köln
- SAM, 18.-25.07.2026, Internationales antikapitalistisches Sommercamp, Süddeutschland



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VlSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

